



EU-Abgeordnete suchen politische Antworten auf warme Arktis

Während hierzulande der Winter den Eindruck vermittelt, der Klimawandel lege eine Pause ein, war es in den arktischen Regionen Kanadas rund 10 Grad wärmer als der langjährige Durchschnitt. Das anhaltende Schmelzen des Polar-Eises wird den Zugang zu den Rohstoffen deutlich leichter machen und neue Schifffahrtswege eröffnen, gleichzeitig sind die ökologischen und geostrategischen Folgen enorm. Am Mittwochnachmittag ab 15 Uhr debattiert das Europaparlament die Arktis-Politik der EU.

Der Temperaturanstieg seit der Industrialisierung ist in der Arktis doppelt so hoch wie der globale Mittelwert.

Die EU-Kommission stellte in ihrer Mitteilung zur Arktis fest, dass die Nordpolarregion „nach wie vor zu den unberührtesten Gebieten der Erde gehört“, aber „künftig immer mehr durch Klimawandel und verstärkte menschliche Aktivität bedroht“ sei.

Die Veränderungen des arktischen Klimas hat bereits dazu geführt, dass die Inuit-Bevölkerung nicht mehr in der traditionellen Weise jagen kann, weil das Eis zu dünn für ihre Schlitten geworden ist, während Wildtiere wie Eisbären, Walrösser und Füchse vom Schwund eines großen Teils ihrer Lebensräume bedroht sind.

„Wie im 18. Jahrhundert“: Begehrlichkeiten in der völkerrechtlichen Grauzone

In einer Entschließung wies das Europaparlament bereits in der vergangenen Legislaturperiode darauf hin, dass möglicherweise „20% der unerschlossenen Erdöl- und Erdgasreserven der Welt auf den Arktischen Raum entfallen“. Die Ausbeutung dieser Ressourcen hätte wiederum tiefgreifende Auswirkungen auf die Nordpolarregion.

Die voraussichtlichen Veränderungen in der Arktis wecken Begehrlichkeiten bei den Anrainern und darüber hinaus. Die „Eigentumsrechte“ auf dem Grund des Nordpolarmeeres ergeben sich theoretisch aus den Regeln über den im Seerecht festgelegten Festlandssockel.

Danach können – je nach den geologischen Gegebenheiten – Rechte auf Ausbeutung Bodenschätze geltend gemacht werden, die maximal 200 bis 350 Seemeilen Meeresboden von der Küstenlinie entfernt sind.

Doch in der Praxis sind die Grenzverläufe umstritten. Russland, Kanada, die USA, Norwegen und auch Dänemark streiten sich um den Nordpol. Russland hat am Meeresboden sogar eine russische Fahne gehisst.

Die britische Europa-Abgeordnete Diana Wallis (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, ALDE) sieht in diesem Zusammenhang einen „Rückfall in Denkweisen und Argumente wie im 18. Jahrhundert“. Bis vor wenigen Jahren habe die Sichtweise bestanden, „dass die Arktis ein Gebiet ist, das einen besonderen Status hat.“ Allerdings könne sie nicht als internationales Gebiet wie die Antarktis betrachtet werden, „weil es Bewohner und Staaten in der Arktis gibt“, so Wallis.

Interessen der EU

Story

Drei EU-Staaten – Dänemark, Schweden und Finnland – sind Mitglied des *Arktischen Rates*, einer internationalen Organisation für die Zusammenarbeit zwischen den Anrainern und den Bewohnern der Region. Doch die Entwicklung in der Arktis betrifft, etwa was den Schiffsverkehr, die Energieversorgung oder das Klima angeht, zumindest indirekt ganz Europa.

Deshalb, so glauben viele Europa-Abgeordnete, müsse sich die EU verstärkt politisch und diplomatisch mit der Arktis befassen.

„Manche von uns“, so Diana Wallis, „haben gesagt, dass ein EU-Kommissar die Verantwortung für die Arktis-Politik übernehmen sollte, um eine Gesamtschau zu gewährleisten. Denn das Problem ist ja, dass die Problematik derzeit umweltpolitische Aspekte hat aber auch die Fischereipolitik oder die Forschungspolitik betrifft. Andererseits ist es auch eine außenpolitische Frage“.

Auf jeden Fall könne die Erfahrung der EU in der überstaatlichen Zusammenarbeit einen wichtigen Impuls für die zukünftige Diskussion über die Arktis geben, meint Wallis.

*Die **Debatte über die Arktis** mit der Hohen Repräsentantin für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU steht am Mittwochnachmittag ab 15:00 Uhr auf der Tagesordnung.*